

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb**  
**am 14.09.2016**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünwald

Frau Carla Steinkröger

Herr Frank Strothmann

Herr Steve Wasyliv

Herr Detlef Werner

Vorsitzender

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Sven Frischeimer

Herr Ulrich Gödde

Herr Detlef Knabe

Frau Petra Uppmann

Bis 18.45 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Rainer-Silvester Hahn

BfB

Herr Lothar Klemme

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Herr Christian Heißenberg

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel

Herr Kugler-Schuckmann

Frau Stücken-Virnau

Frau Hauptmeier-Knak

Herr Eweler

Herr Finke

Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz

UWB, Erster und Technischer Betriebsleiter

UWB, Kaufm. Betriebsleiterin

UWB, Leiterin Geschäftsbereich Stadtentwässerung

UWB, Leiter Geschäftsbereich Stadtgrün und Friedhöfe

UWB, Abteilungsleiter Grünunterhaltung

Herr Linnemann  
Frau Grothe

UWB, Abteilungsleiter Forsten/Tierpark  
UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Werner fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Auf Vorschlag von Herrn Werner fassen die Ausschussmitglieder folgenden

#### **Beschluss:**

#### **Der Tagesordnungspunkt**

**TOP 7 „Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept“**

**wird insgesamt (inkl. TOP 7.1 bis 7.7) von der Tagesordnung abgesetzt.**

**- einstimmig beschlossen -**

### **Öffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 29.06.2016**

Es werden keine Einwände erhoben.

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

**- einstimmig beschlossen -**

**Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes mit der BV Mitte und dem AfUK am 25.05.2016**

Es werden keine Einwände erhoben.

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

### Zu Punkt 3

#### **Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes mit der BV Mitte, dem AfUK, dem FiPA und dem StEA am 29.06.2016**

Es werden keine Einwände erhoben.

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

**- Bei einer Enthaltung mit großer Mehrheit beschlossen -**

### Zu Punkt 4

#### **Mitteilungen**

Frau Stücken-Virnau teilt mit, dass die Gemeindeprüfungsanstalt den Jahresabschluss 2015 geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt habe.

Sie teilt außerdem mit, dass die Bundesagentur für Arbeit als Integrationsmaßnahme für Flüchtlinge ein Arbeitsprogramm aufgelegt habe. Die Stadt Bielefeld habe beschlossen, sich an dem Programm zu beteiligen. Es gebe auch einige Einsatzfelder im Umweltbetrieb, die für die Zielgruppe geeignet seien. Sie könne sich beispielsweise vorstellen, dass einzelne Personen in der Grünpflege oder im Bereich „Saubere Stadt“ eingesetzt werden.

Herr Kugler-Schuckmann teilt mit, dass in der Sommerpause das Thema „Vermüllung der Stadt“ in den Medien gewesen sei. In der letzten Sitzung der BV Mitte habe es eine Anfrage dazu gegeben. In der Sitzung sei u. a. dargestellt worden, wie die Stadt mit Abfallbehältern ausgestattet sei und in welchen Intervallen geräumt werde. Man versuche die dargestellte Situation zu verbessern, indem an Brennpunktstellen zusätzliche Behälter aufgestellt würden. In der nächsten Sitzung werde unter einem separaten Tagesordnungspunkt detaillierter über das Thema berichtet.

Herr Kugler-Schuckmann weist außerdem auf die Bautätigkeitenliste an Kanälen für die Monate September bis Dezember 2016 hin. Er teilt mit, dass bei besonders problematischen Baustellen, wie die Baumaßnahmen Artur-Ladebeck-Straße und Heeper Straße, ein Erreichbarkeitsplan erstellt werde. Diese Karten würden in elektronischer und gedruckter Form an die Geschäfte weitergegeben, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Kunden zu informieren. Der Service habe sich in der Vergangenheit bewährt und die Baustellen erleichtert.

Frau Brinkmann fragt in Bezug auf die Baumaßnahme Nr. 9 „Vollmannstraße“, auf welcher Höhe die Vollsperrung vorgenommen

werde und woher die Umleitung erfolge.

Frau Hauptmeier-Knak erklärt, dass von der Baumaßnahme nur drei Querungen betroffen seien. Vollsperrungen seien daher nur sehr kurzfristig erforderlich und könnten relativ leicht umfahren werden. Die Umleitung werde ausgeschildert.

Herr Kugler-Schuckmann ergänzt, dass sich die Querungen zwischen Am Brodhagen und Schlosshofstraße befänden. Es sei daher möglich, die Umleitung über Am Brodhagen auf die Schlosshofstraße und umgekehrt zu führen. Diese Umleitungen würden tageweise vorgenommen.

Herr Knabe weist darauf hin, dass es in der BV Schildesche noch eine umfassende Diskussion zu dem Thema geben werde. Die Voltmannstraße sei eine stark frequentierte Straße, durch die auch mehrere Buslinien führen würden. Durch den Umleitungsverkehr würden Wohngebiete mit tausenden von Menschen abgebunden.

Frau Hauptmeier-Knak weist darauf hin, dass die Maßnahme hinsichtlich der Verkehrsführung noch abgestimmt werde. Der Auftrag sei noch nicht vergeben. Die Vergabe werde zur Entscheidung in den Ausschuss eingebracht.

#### **Beschluss:**

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

#### **Zu Punkt 5 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **Zu Punkt 6 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

#### **Zu Punkt 7 Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3012/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

#### **Zu Punkt 7.1 Änderungsantrag 1 der FDP-Ratsgruppe zu TOP 7 der Sitzung des Betriebsaus-schusses Umweltbetrieb am 14.09.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3671/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 7.2**     **Änderungsantrag 2 der FDP-Ratsgruppe zu TOP 7 der Sitzung des Betriebsaus-schusses Umweltbetrieb am 14.09.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3673/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 7.3**     **Änderungsantrag 3 der FDP-Ratsgruppe zu TOP 7 der Sitzung des Betriebsaus-schusses Umweltbetrieb am 14.09.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3674/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 7.4**     **Änderungsantrag 4 der FDP-Ratsgruppe zu TOP 7 der Sitzung des Betriebsaus-schusses Umweltbetrieb am 14.09.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3675/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 7.5**     **Änderungsantrag 5 der FDP-Ratsgruppe zu TOP 7 der Sitzung des Betriebsaus-schusses Umweltbetrieb am 14.09.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3677/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 7.6**     **Änderungsantrag 6 der FDP-Ratsgruppe zu TOP 7 der Sitzung des Betriebsaus-schusses Umweltbetrieb am 14.09.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3680/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 7.7**      **Änderungsantrag 7 der FDP-Ratsgruppe zu TOP 7 der Sitzung des Betriebsaus-schusses Umweltbetrieb am 14.09.2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3681/2014-2020

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

**Zu Punkt 8**      **Einsatz von Sondermaschinen im Umweltbetrieb - mündlicher Bericht**

Herr Finke zeigt eine Präsentation zum Thema „Einsatz von Sondermaschinen in der Grünunterhaltung“. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Frau Ritschel weist in Bezug auf das WAVE Heißdampfgerät darauf hin, dass es einen ähnlichen Effekt erziele wie Glyphosat. Das Gras an den Wegerändern werde gelblich/bräunlich, bis es absterbe. Dadurch könne der Eindruck entstehen, es werde noch Glyphosat verwendet. Dem sei jedoch nicht so. Es sei lediglich die optische Wirkung vergleichbar.

Herr Finke weist zum Abschluss der Präsentation darauf hin, dass alle Maschinen grundsätzlich eingesetzt würden, um die Arbeit effektiver zu gestalten und die Arbeitssicherheit oder Arbeitsergonomie zu verbessern. Der Einsatz der vorgestellten Maschinen habe sich bewährt.

Frau Brinkmann fragt, wie häufig der Spielsand mit dem vorgestellten Gerät gereinigt werde.

Herr Finke erläutert, dass das Land NRW eine Empfehlung herausgegeben habe, den Sand alle 2 Jahre zu tauschen. An verschiedenen Stellen habe die Erfahrung gezeigt, dass ein Austausch des Sandes ohne Zwischenreinigung bereits vor dem Ablauf der 2 Jahre notwendig wäre. An anderen Stellen komme man ohne Reinigung des Sandes aus. Durch den Einsatz des Gerätes könne der Austausch des Sandes im Schnitt auf 3 Jahre verlängert werden.

**Beschluss:**

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

**Zu Punkt 9**      **Eschtriebsterben - mündlicher Bericht**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

Herr Linnemann zeigt einen Vortrag zum Thema „Baumsterben - biotische und abiotische Faktoren“. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Herr Stiesch fragt zur Übersicht „Baumverteilung im Kataster“, was sich hinter den Bezeichnungen aLn und aLh verberge.

Herr Linnemann antwortet, die Abkürzung aLn stehe für „anderes Laubholz mit niedriger Umtriebszeit“. Dazu würden Baumarten wie Erle, Pappel und Weide gehören. Die Abkürzung aLh stehe für „anderes Laubholz mit hoher Umtriebszeit“. Darunter würden zum Beispiel die Ulme, Esche, Ahorn und die Kirsche gefasst.

Frau Steinkröger fragt, wie mit der sich stark verbreitenden Traubenkirsche umgegangen werde.

Herr Linnemann antwortet, dass über mehrere Jahre durch AB-Maßnahmen oder andere Projektmaßnahmen versucht worden sei, die Traubenkirsche möglichst weit zurückzuschneiden. Der Rückschnitt werde weiterhin vorgenommen. Der Umfang sei allerdings reduziert worden, weil die Arbeiten derzeit durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder durch Fremdfirmen geleistet würden. Zudem werde versucht, die Nadelholzbestände - insbesondere die Kiefer biete der Traubenkirsche gute Wachstumsmöglichkeiten - mit Laubholz (insbesondere der Buche) anzureichern. Man erhoffe sich, dass am Boden mehr Schatten entstehe und die Traubenkirsche dadurch ausgedunkelt werde. Es sei jedoch schwierig, gegen die Verbreitung anzukommen.

Im Anschluss an den Vortrag erhalten die Ausschussmitglieder Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Herr Frischmeier fragt, wie nach Starkwind-Ereignissen vorgegangen werde und ob es einen Notdienst gebe bzw. eine Kooperation mit der Feuerwehr statfinde.

Herr Linnemann erklärt, dass es im Umweltbetrieb einen Bereitschaftsdienst gebe, der durchgängig telefonisch erreichbar sei. Der Bereitschaftsdienst nehme gleichzeitig den Notdienst für den Tierpark wahr. Es stehen aber immer auch forstliche Mitarbeiter zur Verfügung, die benachrichtigt werden könnten.

Für die Beseitigung von Schäden von Gefahren für Leib und Leben sei vor allem die Feuerwehr verantwortlich. In schwerwiegenden Fällen werde der Umweltbetrieb allerdings um Unterstützung gebeten.

Es sei unproblematisch, die Schäden an einzelnen Bäumen zeitnah abuarbeiten. Mit Ereignissen, wie sie in den letzten Jahren vorgekommen seien, habe man gut umgehen können.

Grundsätzlich sei es wichtig, vor Ort eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten, um ggf. kurzfristig auf plötzliche

Schadensereignisse reagieren zu können. Zudem sei es wichtig, dass die Unternehmen aus dem hiesigen Raum erhalten bleiben, um im Ernstfall auf diese Firmen zurückgreifen und die Infrastruktur zeitnah wiederherstellen zu können.

Herr Eweler ergänzt, dass es in Bielefeld in den letzten Jahren bei Sturm- oder Starkregenereignissen tatsächlich nicht zu größeren Schäden gekommen sei. Die Schäden würden grundsätzlich nach Priorität und Verkehrssicherheit abgearbeitet.

In Bezug auf die Eschen weist er darauf hin, dass man in den nächsten Jahren stärker eingreifen müsse. Es sei davon auszugehen, dass vermehrt Eschen entnommen werden müssen und sich dadurch das Stadtbild verändern werde.

Herr Finke teilt mit, dass einige Städte bereits dazu übergehen würden, Kastanienalleen präventiv zu fällen, um Unfallgefahren zu vermeiden. In Bielefeld habe man sich dagegen entschieden. Man werde erst tätig, wenn Bäume tatsächlich befallen seien.

Herr Frischemeier fragt, ob für jeden entnommenen Baum ein anderer nachgepflanzt werde und wie sich die Entwicklung des Baumbestandes insgesamt darstelle.

Herr Eweler erklärt, dass versucht werde, für jeden entnommenen Baum einen Ersatzbaum zu pflanzen. In der Innenstadt gestalte sich dies manchmal schwierig. Insgesamt sei die Bilanz in etwa ausgeglichen.

Frau Ritschel erläutert darüber hinaus, dass es eine freiwillige Baumerhaltungsrichtlinie der Stadt Bielefeld gebe, der sich auch die Stadtwerke, die BGW und einige andere größere Wohnungsbaugesellschaften angeschlossen hätten. Die Intention der Richtlinie sei, den Baumbestand zu erhalten. Die Maßgabe sei, entnommene Bäume zu ersetzen. Dies müsse nicht unbedingt an gleicher Stelle erfolgen, aber die Bilanz müsse insgesamt positiv bleiben. Die Zahlen würden nachgehalten werden und würden zeigen, dass die Vorgabe eingehalten werde.

Herr Linnemann teilt mit, dass die Waldfläche in Bielefeld stetig zunehme. Die vorhandenen Waldflächen seien vor allem durch natürliche Verjüngung bereits überwiegend mit jungen Bäumen unterstanden. Insgesamt würden in Bielefeld zudem jährlich 10.000 bis 20.000 neue Bäume gepflanzt, wenn auf Flächen beispielsweise eine Verjüngung ausbleibe oder neue Baumarten benötigt würden. Die Naturverjüngungen lägen jedoch bei mehreren 100.000 Bäumen, sodass sich die Entwicklung positiv darstelle.

Frau Steinkröger fragt, warum am Kesselbrink Eschen gepflanzt worden seien, obwohl das Eschensterben seit 2002 bekannt sei.

Herr Linnemann antwortet, dass er sich nicht vorstellen könne, dass es sich bei den gepflanzten Bäumen um die heimische Esche handeln würde. Ihm sei die gepflanzte Baumart jedoch nicht bekannt.

Frau Ritschel teilt mit, dass die Information mit dem Protokoll nachgereicht werde.

Ergänzender Hinweis:

*Folgende Bäume wurden auf dem Kesselbrink gepflanzt:*

- *Acer cappadocicum 'Rubrum', kolchischer Blutahorn*
- *Acer monspessulanum, Französischer Ahorn*
- *Sorbus intermedia 'Brouwers', schmalkornige Mehlbeere*
- *Gymnocladus dioicus, Geweihbaum*
- *Prunus avium 'Plena', gefüllt blühende Vogel-Kirsche*
- *Quercus coccinea, Scharlach-Eiche*

*Die Bäume der Baumart „Gymnocladus dioicus“ auf dem Kesselbrink haben ähnliche Blätter wie die Eschen. Auf dem Kesselbrink wurden aber keine Eschen gepflanzt.*

Herr Hahn fragt, ob es möglich sei, bereits jetzt gezielt resistente Arten anzupflanzen.

Herr Linnemann erklärt, dass die forstlichen Versuchsanstalten daran arbeiten, resistentes Saatgut zu züchten. Einige Erkenntnisse seien vielversprechend, aber ein resistentes Saatgut der Heimischen Esche habe noch nicht entwickelt werden können.

Herr Stiesch fragt, wie sich die Struktur des Waldes entwickeln werde.

Herr Linnemann antwortet, dass die Entwicklung nicht vorhergesagt werden könne. Es sei davon auszugehen, dass es Veränderungen in der Struktur geben werde. Die Fichte werde vermutlich fast vollständig verschwinden. Diese habe bisher das Gros der Baumarten der deutschen Forstwirtschaft ausgemacht. Stattdessen würden andere Baumarten kommen. Möglicherweise würden auch einige Baumarten neue Standorte besetzen, wenn sich beispielsweise durch den Temperaturanstieg die Standortbedingungen mit der Zeit verändern.

**Beschluss:**

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -**

**Zu Punkt 10**

**Klärschlamm - Fachgespräch und weitere Überlegungen**

Frau Ritschel fasst anhand einer Präsentation den Sachstand zum Thema „Perspektiven der Klärschlamm Entsorgung in OWL“ zusammen. Die Präsentation wurde vor der Sitzung verschickt. Die Ergebnisse der von der Interargem durchgeführten Studie werden den Fraktionen als Ganzes zur Verfügung gestellt.

Herr Werner fragt zum Organisationsmodell nach, ob als Organisationsform nur die interkommunale GmbH oder ob auch andere

Formen, wie zum Beispiel ein Zweckverband, in Betracht kämen.

Frau Ritschel antwortet, dass die Interargem sich bei der Prüfung einer Rechtsanwaltskanzlei, die auf Abfallrecht spezialisiert sei, bedient habe. Die Rechtsanwaltskanzlei komme zu dem Schluss, dass ein Zweckverband nicht möglich sei, weil man sich bei der Verwertung nicht im klassischen Abfallrecht befinde, sondern es sich um eine privatrechtliche Angelegenheit handeln würde. Details zu den Hintergründen könnten den Unterlagen zu der Studie entnommen werden.

Herr Hahn fragt, ob stattdessen als Organisationsform eine Anstalt des öffentlichen Rechts denkbar wäre.

Frau Ritschel erklärt, dass die Art der Organisationform von der Frage abhängt, ob es sich um eine Aufgabe mit Entsorgungs- oder Verwertungscharakter handele. Sie weist darauf hin, dass die Frage nach der Organisationsform noch nicht festgelegt sei und die Diskussion in der Tiefe zum jetzigen Zeitpunkt zu weit gehen würde. Das vorgestellte Modell diene eher dazu, zu skizzieren, in welcher Form eine Zusammenarbeit der Kommunen vorstellbar wäre.

Zum Abschluss der Präsentation hebt Frau Ritschel hervor, dass sie sehr für eine gemeinsame Lösung in der Region werbe. Sie habe vor allem beim Kreis Lippe ein großes Interesse wahrgenommen, an einer gemeinsamen Lösung mitzuwirken. Der Kreis Lippe habe einen Abfallwirtschaftsverband, der noch nicht gelebt werde. In dessen Satzung sei aber ausdrücklich vorgesehen, dass die Klärschlamm Entsorgung für den gesamten Kreis Lippe von dem Abfallwirtschaftsverband zu organisieren sei. Daher sei ein hohes Interesse vorhanden, sich mit der gebündelten Kompetenz der Willensbildung für eine gemeinsame Lösung anzuschließen.

Es sei sinnvoll, sich gemeinsam des Themas anzunehmen, da die Fragestellungen für alle gleich seien. Im Betriebsausschuss werde kontinuierlich über die Entwicklung berichtet.

Herr Werner fragt nach, ob der Regionalrat in das Thema einbezogen werden sollte.

Frau Ritschel antwortet, dass es sinnvoll sei, das Thema auch im Regionalrat zu platzieren, um sich den Input aus der Bezirksregierung zu holen und die Bezirksregierung gleichzeitig nochmal zu beauftragen, das Thema weiter voranzubringen.

Herr Frischmeier signalisiert, dass das weitere Vorgehen in der dargestellten Weise eine schlüssige und nachvollziehbare Herangehensweise sei.

Frau Steinkröger fragt, ob bei Umsetzung einer gemeinsamen Lösung „Klärschlamm-tourismus“ zu erwarten sei. Bei den Überlegungen sollte bedacht werden, dass durch den Transport großer Mengen Klärschlamm die Umwelt stark belastet würde.

Frau Ritschel erklärt, dass OWL-weit ca. 35.000 t Klärschlamm anfallen. Sie gibt zu bedenken, dass der Klärschlamm aus Bielefeld, der landwirtschaftlich verwertet wird, aktuell nicht nur auf Bielefelder Äckern ausgebracht werde.

Dennoch müsse der Aspekt der Transportwege bei der Erarbeitung eines Konzeptes berücksichtigt werden.

Ein weiterer Aspekt, der in Bezug auf den Klärschlamm-tourismus eine Rolle spielen und einen positiven Effekt haben könne, sei die solare Klärschlamm-trocknung. Mit Hilfe der Technologie könne der Klärschlamm getrocknet werden, sodass weniger Wassermengen transportiert werden müssten.

Herr Heißenberg fragt, ob es richtig sei, dass der Phosphor nach der Monoverbrennung nur mit enormem Aufwand, unter Einsatz von Chemikalien und mit Produktion anderer Abfälle, zurückgewonnen werden könne. Des Weiteren möchte er wissen, inwieweit das Ziel der Phosphorrückgewinnung neben dem Kriterium Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werde.

Frau Ritschel antwortet, dass bei der Monoverbrennung eine Asche entstehe, aus der der Phosphor zurückgewonnen werden könne. Alle Technologien der Phosphorgewinnung – vor und nach der Verbrennung – befänden sich noch im anfänglichen Stadium. Folglich sei die Stadt Bielefeld abhängig davon, inwieweit sich die Technologien in den nächsten Jahren weiterentwickeln würden. Sie gehe davon aus, dass die Forschung intensiviert werde, sobald eine Verordnung die Rückgewinnung von Phosphor festschreibe.

Frau Ritschel betont, dass unabhängig von der Frage, welche Lösung gefunden werde, die Stadt Bielefeld die Gesamtverantwortung für die Verwertung des Bielefelder Klärschlamm habe und eine Entscheidung treffen müsse.

Im Fachgespräch sei hinterfragt worden, ob dieser Weg überhaupt Sinn mache. Es sei unklar, ob der Kunstdünger, der alternativ zum Klärschlamm in der Landwirtschaft eingesetzt werde, unter Umweltgesichtspunkten tatsächlich besser sei. Zudem sei unter ökologischen Gesichtspunkten kritisch zu bewerten, dass der Phosphorabbau immer Uran als Nebenprodukt mit sich bringe. Die Frage könne auf lokaler Ebene jedoch nicht aufgelöst werden. Vielmehr müsse man mit dem umgehen, was die Verordnung vorgebe. Ziel sei es, eine bestmögliche Lösung zu finden.

### **Beschluss:**

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -**

**Zu Punkt 11**

### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

---

Detlef Werner  
Vorsitzender

---

Andrea Grothe  
Schriftführerin